

Meißner, Werner; Heuß, Ernst

Article — Digitized Version

Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsordnung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Meißner, Werner; Heuß, Ernst (1977) : Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsordnung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 5, pp. 223-229

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135067>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsordnung

Nach den neuesten Zahlen ist auch in diesem Jahr mit einer Arbeitslosenzahl von mehr als 1 Million zu rechnen. Hat die Wirtschaftspolitik versagt? Ist der technische Fortschritt schuld? Ist unsere Wirtschaftsordnung in Gefahr? Die Professoren Werner Meißner, Fankfurt, und Ernst Heuß, Nürnberg, nehmen Stellung.

Werner Meißner

Soziale Gefahren der Arbeitslosigkeit

In den Ländern der OECD, den reichsten und fortgeschrittensten der westlichen Welt, gibt es zur Zeit ca. 15 Mill. Arbeitslose. In der Europäischen Gemeinschaft sind mehr als 5 Mill. Menschen als arbeitslos gemeldet — bei einer Erwerbsbevölkerung von etwa 106 Mill. und bei Nichtberücksichtigung von Kurzarbeit und von jenen, die die Arbeitssuche vorübergehend aufgegeben haben. Trotz steigender Produktion in den letzten Monaten hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland nicht wesentlich geändert. Die Prognosen sind nicht günstig. Man rechnet allgemein mit einer sogenannten Sockelarbeitslosigkeit von etwa 1 Mill. in den nächsten Jahren.

Haben die wirtschaftspolitischen Gremien resigniert? Oder wie ist es zu deuten, wenn der Generalsekretär der OECD die ILO-Beschäftigungskonferenz — die sich mit der schwierigen

Welt-Arbeitsmarktlage auseinandersetzt — mit den Worten begrüßt: „Alle sollten darin übereinstimmen, daß eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, und zwar in erster Linie hinsichtlich der Inflation, die erste Bedingung für den Fortschritt ist. Zum zweiten muß die Wirtschaftspolitik vereinbar sein mit dem Bestreben, einen möglichst hohen Beschäftigungsstand zu erreichen.“

Ernstes Problem

Man kann eine solche Grußadresse wohlwollend als eine zu nichts verpflichtende Plattitüde deuten. Es liegt aber näher, sie als einen Ausdruck dafür zu nehmen, daß in erster Linie die Inflation und sodann die Arbeitslosigkeit bekämpft werden soll. So geht aus einem OECD-Bericht hervor, daß man bis 1980 damit rechnet, die Inflation auf 5% zu senken, wobei die Arbeitslosigkeit mit 4% angegeben wird:

„Die Arbeitslosigkeit wird wahrscheinlich ein ernstes Problem bleiben.“

Die EG-Kommission setzt zwar hinsichtlich der Prioritäten einen anderen Akzent. In dem vierten mittelfristigen Wirtschaftsprogramm für die Gemeinschaft, das den Aktionsrahmen für die Jahre 1976 bis 1980 abgeben soll, heißt es, daß die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung in den kommenden vier Jahren das oberste Ziel für das wirtschaftspolitische Handeln der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten ist. Aus dieser Zielsetzung wird als Orientierungsdatum für den Zeitraum 1976—1980 eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 4,5 bis 5% abgeleitet.

Trotz dieser Prioritierung bleibt Skepsis angebracht hinsichtlich der mittelfristigen Beschäftigungsperspektiven, die eine im Auftrag der EG arbeitende und

unabhängige Expertengruppe auf einen doppelten Tatbestand stützt: Einerseits scheint es angesichts der Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre unbestreitbar, daß globale Wachstumsförderung zwar zur Stützung der Beschäftigtenentwicklung notwendig, jedoch für sich allein nicht ausreichend ist, um Vollbeschäftigung zu sichern. Andererseits scheint auch die Möglichkeit, dauerhaftes Wachstum unter so günstigen Bedingungen wie in den letzten zwei Jahrzehnten zu sichern, in Frage zu stehen.

Wachstumspolitische Vorsorge

Resigniert auch die Wirtschaftswissenschaft? Gibt es lediglich die Wahl zwischen einem Programm der „Wachstumspolitischen Vorsorge“ und der „Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos“? Wachstumspolitische Vorsorge, wie der Sachverständigenrat sie versteht, bedeutet nichts anderes als eine Verschiebung der Verteilungsrelationen zugunsten der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, eine steuerliche Begünstigung dieser Einkommen und schließlich ein Zurückschneiden der Staatstätigkeit. Dies soll zu einer Belebung der privaten Investitionstätigkeit führen und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Gerade das letzte Glied in dieser vermeintlichen Wirkungskette ist nicht mehr zwingend. Investitionen brauchen nicht notwendig der Schaffung von Arbeitsplätzen zu dienen.

Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos

Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos – vor einigen Jahren noch als Heilmittel gegen Inflation empfohlen („wir müssen mehr Arbeitslosigkeit riskieren“, sagte der Leiter der Konjunkturabteilung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschafts-

forschung im April 1974 zum „Spiegel“) – zeigte ebenfalls nicht den gewünschten Erfolg. Dabei wurde nämlich übersehen, daß der Zusammenhang zwischen Inflation und Beschäftigung verwickelter ist, als daß er mit dem globalen Konzept der Nachfragesteuerung zu beeinflussen wäre.

Zwei Tatsachen haben den reziproken Zusammenhang von Inflation und Arbeitslosigkeit aufgelockert: Das Netz der sozialen Sicherheit bewirkt, daß beim Übergang von Beschäftigung zu Arbeitslosigkeit der kombinierte Effekt von Arbeitslosenunterstützung und Einkommensteuerentlastung insgesamt nur eine relativ geringe Verminderung an verfügbarem Einkommen bewirkt.

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

Prof. Dr. Werner Meißner, 40, ist Ordinarius für Wirtschaftliche Staatswissenschaften und Direktor des Seminars für Volkswirtschaftslehre an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

Prof. Dr. Ernst Heuß, 54, ist Ordinarius für Wirtschaftswissenschaften an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und Direktor des Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen. Seine speziellen Arbeitsgebiete sind Wettbewerbstheorie und internationale Währungspolitik.

Um die Gesamtnachfrage wirksam zu drosseln, müßte mit den herkömmlichen wirtschaftspolitischen Mitteln ein ganz massiver Beschäftigungsrückgang eingeleitet werden. Dieser Effekt wird durch die Struktur des Arbeitsmarktes verstärkt. Zunächst werden durch eine Restriktionspolitik die Randgruppen betroffen. Erst bei stark restriktiven Maßnahmen werden die für die Preis-Lohn-Spirale ausschlaggebenden (organisierten) Arbeitskräfte erreicht, die im übrigen durch ein stark ausgebauten System zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze geschützt sind.

Gefährliche Formel

Es gibt eine nationalökonomische Denkrichtung, die daraus den Schluß zieht, die bestehenden gesetzlichen und tariflichen Maßnahmen, welche die Konjunkturreagibilität von Einkommen und Beschäftigung abschwächen, aufzuheben und den Arbeitsmarkt den Kartellgesetzen zu unterwerfen. Die logische Konsequenz des Monetarismus ist zu bewundern: Wenn die Verhältnisse nicht passen, müssen sie so verändert werden, daß die reine Lehre Geltung bekommt. Von Resignation ist hier nichts zu spüren. Über den Realismus und die sozialen Implikationen dieses Vorschlags gibt es allerdings stark unterschiedliche Meinungen.

Ist es also doch so, daß sich Wirtschaftspolitik und Nationalökonomie auf die gefährliche Formel einigen: Arbeitslosigkeit betrifft allenfalls 5% der Bevölkerung, Inflation aber betrifft alle? Deutet sich diese Einstellung nicht auch in dem beliebten Verfahren an, für eine Volkswirtschaft einen Unbehaglichkeitsindex aufzustellen aus Prozentangaben über Inflation und Arbeitslosigkeit, wobei der Erfolg der Wirtschaftspolitik schon bei einem „trade-off“ von Prozentpunkten vorzuliegen scheint?

Gefährliche Resignation

Diese Art von Resignation wäre allerdings gefährlich. Viel ist bereits zu den langfristig negativen Folgen von hoher Inflation gesagt worden. Erstaunlich lange schon leben wir mit einer beträchtlichen Zahl von Arbeitslosen. Sind die sozialen Gefahren hier weniger groß, weil sie sich vermeintlich nur auf eine beschränkte Gruppe konzentrieren? Zumindest vier Argumente sprechen dagegen.

Das Netz der sozialen Sicherheit mildert zwar die individuellen negativen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit. Die Notwendigkeit von Bundeszuschüssen zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der Bundesanstalt für Arbeit zeigt, daß die Finanzierung von Arbeitslosigkeit langfristig schwierige Probleme

schafft. Gesamtfiskalisch gesehen ist die Beschäftigung Arbeitsloser durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen überdies billiger, wie eine Überschlagsrechnung der BfA ausweist.

Die Aufrechnung von einem oder x Prozent Inflation gegen ein oder y Prozent Arbeitslosigkeit ist volkswirtschaftlicher Unsinn. James Tobin hat in einer Modellrechnung den realen Produktionsverlust bei einer Erhöhung der Inflation um 1 % mit $\frac{1}{1200}$ des BSP dem Verlust von $\frac{1}{100}$ des BSP für 1 % mehr Arbeitslosigkeit gegenübergestellt. Auf die Größenordnung kommt es dabei an. Sie drückt die Binsenwahrheit aus, daß eine antiinflationäre Politik auf Kosten der Beschäftigung zur vermeintlichen Erhöhung der Realeinkommen im Endeffekt zu einer

Senkung der Realeinkommen führen muß.

Solidarisierung der Betroffenen

Neben den volkswirtschaftlichen Aspekten im engeren Sinne führt langandauernde Arbeitslosigkeit zu einer Entsolidarisierung der organisierten Arbeitnehmer und zu einer Solidarisierung der Betroffenen, wenn sich die Arbeitslosigkeit auf einzelne (Rand-)Gruppen konzentriert. Die Tatsache eines (zumindest) dualen Arbeitsmarktes gehört zu den Erkenntnissen der Arbeitsmarktforschung. Einige Gruppen (Frauen, Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Behinderte) sind von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Das Potential zur Solidarisierung ist innerhalb der betroffenen Gruppen sicherlich unterschiedlich, damit auch die politische Brisanz, die bei

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Susanne Schmidt

KAPITALVERKEHRSKONTROLLEN UND IHRE WIRKUNG

Eine Analyse der Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland 1971-1973

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit Maßnahmen, die die Bundesrepublik zum Schutz vor ausländischem Kapital ergriffen hat. Nach einem theoretischen Überblick über die währungspolitischen Systeme und ihre Funktionsweisen wird jede Maßnahme in ihrer rechtlichen Ausgestaltung vorgestellt. Es schließt sich eine empirische Untersuchung über die Wirksamkeit jeder Einzelmaßnahme im Hinblick auf den Kapitalverkehr mit dem Ausland an. Schließlich wird die deutsche Währungspolitik in dieser „heißen“ Zeit insgesamt beurteilt, und mögliche währungspolitische Alternativen werden dargestellt.

Großoktav, 238 Seiten, 1977, Preis brosch. DM 36,-

ISBN 3-87895-155-8

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

der Gruppe der Jugendlichen gewiß höher einzuschätzen ist als bei den älteren Arbeitnehmern. Daß derartig benachteiligte Gruppen sich rühren werden, dafür steht das Beispiel der Farbigen in den USA genau wie das Beispiel der Jugendlichen in Italien. Die Solidarisierung unter dem Druck gruppenspezifischer Arbeitslosigkeit führt zu Schäden, die nicht ohne weiteres auf Mark und Pfennig zu berechnen sind: Das schwindende Vertrauen in die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mag dabei all denen besonders bedenklich erscheinen, denen die geltenden Spielregeln besonders gutes Auskommen bescheren.

Fortdauernde hohe Arbeitslosigkeit könnte aber nicht nur die Legitimität der Wirtschaftspolitik beim Bürger in Frage

stellen und, wenn sie sich auf die junge Generation konzentriert, einen gefährlichen Ansatzpunkt für soziale Konflikte bilden. Darüber hinaus (mit den Worten der EG-Expertengruppe): Eine Gesellschaft, die nicht in der Lage ist, den Arbeitswilligen Beschäftigung anzubieten, muß damit rechnen, daß eines Tages der gesellschaftliche Wert der Arbeit als solcher fragwürdig wird.

Vertrauensverlust

Die Diskussion um die Verkürzung der Arbeitszeit zeigt, daß die Gewerkschaften in dem Maße handlungsbereiter werden, in dem das Beschäftigungsproblem über den Kreis der nicht organisierten Randgruppen hinausreicht. Ihre Unterstützung der Forderung, die Globalsteuerung

durch eine selektive Wirtschaftspolitik und aktive Arbeitsmarktpolitik zu ergänzen, ist Ausdruck der Skepsis, daß eine globale Wachstumspolitik durch Begünstigung der privaten Investitionsneigung nicht hinreicht. Eine Wirtschaftspolitik, die sich auf eine mittelfristige Arbeitslosigkeit von gegenwärtigem Ausmaß einrichtet, wird zunehmend weniger Vertrauen finden. Eine Wirtschaftswissenschaft, die Arbeitslosigkeit als wirtschaftspolitisches Mittel zur „Stabilisierung“ interpretiert – vielleicht sogar als „Schockbehandlung“ (Nobelpreisträger Friedman) – wird zunehmend auf Unverständnis und Ablehnung stoßen. Keynes sah den „kalten Stern der Knappheit“ unverrückbar über Bedürfnissen und Ressourcen leuchten, nicht über den Arbeitsplätzen.

Ernst Heuß

Technischer Fortschritt in der Marktwirtschaft

Als in der zweiten Nachkriegsrezession die Zahl der Arbeitslosen auf über eine Million hinaufschellte, tauchte sogleich aus der Versenkung die alte Vokabel auf, nach welcher der technische Fortschritt Arbeitsplätze wegrationalisiere. Offenbar war einem von einem Tag zum anderen im Bewußtsein die simple Tatsache entschwunden, daß schon vorher der technische Fortschritt, zuweilen in weit höherem Ausmaß, am Werk gewesen ist, ohne Arbeitslosigkeit hervorgerufen zu haben, und nicht nur dies, sondern daß er darüber hinaus Millionen von Arbeitskräften zusätzlich in den volkswirtschaft-

lichen Kreislauf eingegliedert hat.

Bei einer solchen Einstellung, die sich zu leicht vom Momentanen und Vordergründigen beeindruckt läßt, ist es auch nicht verwunderlich, wenn von ihr Vorschläge kommen, die darauf hinausgehen, die scheinbar geringer gewordene Anzahl von Arbeitsplätzen auf die vorhandene Zahl der Arbeitskräfte gleichmäßig zu verteilen, sei es durch vorzeitige Pensionierung, sei es durch Verkürzung der Arbeitszeit pro Beschäftigten. Wenn selbst eine Gewerkschaft sich bereit erklärt, dafür einen geringeren Inhalt der Lohntüte pro Arbeitskraft in Kauf zu nehmen, so zeigt sich hier gegen-

über diesem Phänomen eine Hilflosigkeit, die nicht viel hinter der der Maschinenstürmer vor rund 150 Jahren zurücksteht.

Es steht allerdings der heutigen Wirtschaftswissenschaft alles andere als ein Naserümpfen darüber zu. Sie hat es versäumt, ein uraltes Thema auf den heutigen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis zu bringen. So findet man in den zahlreichen volkswirtschaftlichen Lehrbüchern, die heutzutage im deutschsprachigen Raum auf dem Markt sind, keines, das die Beziehung zwischen technischem Fortschritt und Beschäftigung systematisch behandelt. Man darf sich daher nicht wundern, wenn längst widerlegte

Thesen wie die der Kaufkrafttheorie der Löhne wieder aus der Klamottenkiste der 20er Jahre hervorgeholt werden. Nicht viel besser steht es mit ihrem Gegenstück der Kompensationstheorie, die man auf dem Stand der 30er Jahre (P. Douglas) gelassen hat. Auch diese bedarf der Präzisierung, was hier mit ein paar Bemerkungen nachgeholt werden soll.

Kompensationstheorie

Wenn man von einem kapitaltheoretischen Sonderfall abieht, der für die modernen Industrievolkswirtschaften keine Aktualität besitzt – es handelt sich um den bekannten von Ricardo aufgegriffenen Fall –, so stellt auch heute noch die Kompensationstheorie die Grundlage für den Zusammenhang zwischen technischem Fortschritt und Beschäftigung dar. Allerdings müssen hierfür zwei Bedingungen erfüllt sein. Es muß ein wirksamer Wettbewerb gegeben sein, der die durch den technischen Fortschritt erzielten Pioniergewinne wieder wegkonkurrenziert, und zwar durch eine Senkung der Preise. Ein solcher Preisrückgang setzt wiederum voraus, daß die Nominallöhne unverändert bleiben und sich daher die höheren Reallöhne allein in niedrigeren Preisen niederschlagen. Die preisbedingte Zunahme der mengenmäßigen Nachfrage reicht dann aus, die durch den technischen Fortschritt ermöglichte Mehrproduktion – bei unverändertem Arbeitseinsatz – abzunehmen. Dies gilt unabhängig von der Preiselastizität der Nachfrage für das durch den technischen Fortschritt verbilligte Produkt. Ist sie kleiner als 1, so geht die Ausgabesumme für dieses Gut zurück, wodurch Kaufkraft für den Erwerb anderer Güter freigesetzt wird. Wie die massiven Preissenkungen bei Tischrechnern zeigen, ist auch heute diese Form des technischen Fortschritts noch aktuell.

Bekanntlich vollzieht sich heute jedoch der größte Teil des technischen Fortschritts in anderer Form. In diesem Falle wird der technische Fortschritt so gleich in höhere Nominallöhne umgesetzt, wodurch eine Preissenkung ausgeschlossen wird. Es ist daher notwendig, an die Stelle der preisbedingten die nominaleinkommenbedingte Zunahme der mengenmäßigen Nachfrage zu setzen. Folglich ist dafür zu sorgen, daß das Nominaleinkommen in dem Umfang wie die Produktivität zunimmt bzw. sich die Nachfrage im üblichen Preis-Mengen-Diagramm nach rechts entsprechend verschiebt. Für eine solche Zunahme des volkswirtschaftlichen Einkommens ist bekanntlich eine Zunahme der Investition erforderlich (Multiplikatoreffekt), und zwar in Höhe der volkswirtschaftlichen Produktivitätsverbesserungsrate. Unter dieser Bedingung ist die effektive Nachfrage groß genug, die durch den technischen Fortschritt ermöglichte Mehrproduktion zu absorbieren¹⁾.

Etwas anders verhält es sich, wenn aufgrund einer Kostenstoßinflation das Preisniveau steigt. Dadurch geht bei unverändertem Nominaleinkommen die mengenmäßige Nachfrage zurück – bei einer durchschnittlichen Preiselastizität von 1 in der Höhe der Preissteigerungsrate –, und es hat daher die nominaleinkommenbedingte Zunahme der effektiven Nachfrage nicht nur die produktivitätsbedingte Mehrproduktion aufzunehmen, sondern darüber hinaus auch noch die preisbedingte

Abnahme der Nachfrage wettzumachen. Dementsprechend muß die Wachstumsrate der Investition um die Preissteigerungsrate größer als die Produktivitätsrate sein, wenn nicht Arbeitskräfte freigesetzt werden sollen. So hätte 1977 die Wachstumsrate der Investition rund das Doppelte der durchschnittlichen Produktivitätsverbesserungsrate zu sein, wenn die negativen Auswirkungen der Kostenstoßinflation auf die Beschäftigung hätten neutralisiert werden sollen.

Ursachen des Investitionsrückganges

Es besteht in der Diagnose der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit heute weitgehend Einigkeit darüber, daß dafür unzureichende Investitionen verantwortlich sind. Es ist noch nicht gar zu lange her, als die umgekehrte Konstellation vorherrschte und das Investitionsvolumen im Verhältnis zum volkswirtschaftlichen Produktionspotential zu hoch war und davon eine Sogwirkung auf ausländische Arbeitskräfte ausging. Es stellt sich daher die Frage nach den Gründen für die enorm zurückgegangene Investitionsneigung in den 70er Jahren gegenüber der in den 60er Jahren.

Naheliegend ist es, die Antwort beim technischen Fortschritt zu suchen. So wird u. a. die Meinung vertreten, daß es heute an Innovationen fehle, die ein solches Gewicht aufweisen, daß davon ein entsprechend großer Strom von Investitionen ausgeht. In die gleiche Richtung, wenn auch mit einer anderen Begründung, geht der Ruf nach dem Schumpeterschen Unternehmer, der die treibende Kraft für derartige Investitionen darstellt. Von entgegengesetzter Position wird die Antwort auf die unzureichenden Investitionen in einer Art von Verschwörung der Unternehmer gesehen,

¹⁾ Mit s wird die durchschnittliche Sparneigung und mit I die Investition bezeichnet. Bei einer Rate des technischen Fortschritts in Höhe von r hat das Nominaleinkommen (Y) um $r \cdot Y$ zuzunehmen. Es hat daher zu gelten:

$$\frac{\Delta I}{s} = rY.$$

Im Gleichgewicht ist $s \cdot Y = I$ bzw. $Y = \frac{I}{s}$. Setzt man diesen Ausdruck für Y oben ein, so ist

$$\frac{\Delta I}{s} = \frac{rI}{s} \quad \text{bzw.} \quad \frac{\Delta I}{I} = r.$$

die in einen „Investitionsstreik“ getreten seien. Letztere These sei nur deswegen angeführt, weil sie zeigt, wie weit die „Entfremdung“ gegenüber der Marktwirtschaft in bestimmten Kreisen fortgeschritten ist. Anders verhält es sich mit der erstgenannten These. Hier ist zu fragen, warum es in den 50er und 60er Jahren anscheinend ausreichende Innovationen der gewünschten Art gegeben hat und ebenso genügend Unternehmer vorhanden waren und weswegen dies für unser Jahrzehnt nicht mehr zutrifft. Man kann es auch so formulieren, daß man nach dem unterschiedlichen Investitionsklima der 60er und 70er Jahre fragt.

Kostenstoßinflation

Die Antwort darauf ist sehr einfach zu geben, soweit es sich um rein ökonomische Datengrößen handelt. Die eine stellt den Übergang von der Nachfragesog- zur Kostenstoßinflation dar. Mit Ausnahme von 1967 überwogen in jenem Jahrzehnt die offenen Arbeitsplätze die Zahl der Arbeitslosen. So stellt 1969 mit seinen wilden Streiks die typische Situation einer Nachfragesoginflation dar; zugleich kündigten aber diese Streiks das Ende dieses Inflationstypes an. Es liegt auf der Hand, daß die Investitionsneigung bei einer Nachfragesoginflation größer als bei einer Kostenstoßinflation ist. Wenn im ersteren Falle die Nachfrage dem Angebot stets davonzueilen droht, drängen sich neben den Rationalisierungsinvestitionen die Erweite-

rungsinvestitionen von selbst auf. Bei einer Kostenstoßinflation hingegen werden die Unternehmer durch den Lohndruck mit ihren Preisen an die Grenzen der Aufnahmefähigkeit des Marktes gedrückt, was zwar kostensenkende, aber nicht ohne weiteres andere Investitionen forciert. Es fehlt dann aber gerade die zusätzliche Investitionsdosis für den kreislaufausweitenden und damit nachfrageerweiternden Effekt. So wird aus den obigen Gründen das Jahr 1977 den Berg der Arbeitslosen kaum spürbar abtragen.

Wilde Streiks von 1969

Nicht zuletzt ist aber in diesem Jahr noch die Zeche für die Konzertierte Aktion von 1968 zu zahlen. Die Erfahrung der Gewerkschaften, im Jahre des Konjunkturaufschwungs von 1968 auf einer niedrigen Lohnsteigerungsrate festgenagelt gewesen zu sein – dies führte dann zu den wilden Streiks von 1969 –, hat bei den Gewerkschaften mit dazu beigetragen, eine solche Wiederholung in einer ähnlichen Konjunkturphase auf jeden Fall zu vermeiden. Inzwischen wird ihnen aber deutlich geworden sein, daß das Jahr 1977 weit davon entfernt ist, eine Wiederholung von 1969 zu werden. Auch dies wird eine Erfahrung sein, die geeignet sein kann, in Zukunft mit Nominallohnerhöhungen in diesem Ausmaß zurückhaltender zu sein. Damit wären die Voraussetzungen für einen Abbau der Kostenstoßinflation und zugleich für

eine Verbesserung des Investitionsklimas geschaffen. Es liegt daher hier die Lösung vor allem in den Händen der Gewerkschaften. Anders verhält es sich bei der zweiten Größe, mit der in erster Linie die Unternehmer angesprochen sind.

Neubewertung der D-Mark

Es handelt sich hier um den Wechsel von festen zu flexiblen Wechselkursen im Frühjahr 1973. Die Bedeutung dieser Zäsur ist allerdings durch die Mineralölkrise im Herbst 1973 verdeckt worden. So ist seit der Einführung flexibler Wechselkurse die Zeit vorbei, in welcher Außenhandelsüberschüsse in ihren kreislaufausweitenden Wirkungen ebenso wie zusätzliche Investitionen wirkten. Trotzdem gewinnt man manchmal den Eindruck, daß selbst von gewissen wirtschaftswissenschaftlichen Institutionen diese neue Situation noch nicht völlig erfaßt wird, wenn immer noch im Export eine Antriebskraft für den Konjunkturaufschwung gesehen wird.

Wie bei der Nachfragesoginflation, so ist auch bei flexiblen Wechselkursen der Preisspielraum verloren gegangen, den die deutsche Exportindustrie bis dahin aufgrund der unterbewerteten D-Mark zur Verfügung hatte. Auch hier ist man nunmehr an die Grenzen der Aufnahmefähigkeit der betreffenden Märkte abgedrängt worden, woraus sich für das Investitionsklima ähnliche Konsequenzen wie oben ergeben.

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

Es spricht manches dafür, daß die Änderung der aufgezeigten Randbedingungen dämpfend auf die Investitionen wirkt, was gegenüber dem Treibhausklima der 60er Jahre mit ihrer ständigen Überbeanspruchung der Produktivkräfte nicht schaden kann. Wenn aber die Investitionen über dieses Maß hinaus zurückgehen bzw. im Konjunkturanstieg nur recht zögernd zunehmen, so sind dafür Gründe anzuführen, die sich auf einer anderen Ebene bewegen. Die Dinge dort wieder in Ordnung zu bringen, dürfte ein wesentlich schwierigeres und langwierigeres Unterfangen sein.

Unternehmerfeindliche Umwelt

Man sollte an sich erwarten, daß die Beschäftigung mit unentwickelten Ländern einem wieder bewußt gemacht hat, daß es in einer Volkswirtschaft keineswegs selbstverständlich ist, Menschen in ausreichendem Umfange zu haben, die bereit sind, auf eigenes Risiko neue Dinge in die Welt zu setzen, Investitionen vorzunehmen, von denen man nicht weiß, ob sie die zukünftige Marktentwicklung honorieren wird, Arbeitsverträge mit Zahlung fester Entgelte abzuschließen, ohne aber die Gewähr zu haben, die betreffenden Arbeitsleistungen ohne Verlust auf dem Markt verwerten zu können, und der Dinge mehr, die mit der Unternehmertätigkeit verbunden werden. Bekanntlich ist der schnelle und erfolgreiche Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg u. a. auf die Stoßkraft und Initiative von Persönlichkeiten zurückzuführen, die vorher andere berufliche und gesellschaftliche Positionen u. a. im Militär eingenommen hatten. Wenn es auch nicht unbedingt das Prestige des Businessman in den Vereinigten Staaten sein muß, so ist doch eine solche Tätigkeit nur dann attraktiv, wenn sie gesellschaft-

lich ästiniert und nicht als die eines Parias ausgelegt wird.

Es braucht nicht des längeren ausgeführt zu werden, daß gegen diese Einsicht in dem letzten Jahrzehnt laufend verstoßen worden ist. Aus der sozialen Marktwirtschaft ist in vieler Leute Mund eine kapitalistische geworden. Wie schon einmal wird die Welt wieder auf einen simplen Nenner gebracht, diesmal auf den von Ausgebeuteten und Ausbeutern, oder es werden nach Böll die Unternehmer sogar zu Raubtieren. In den Schulen dient in zahlreichen Bundesländern der Gemeinschaftsunterricht dazu, die Neuzeit in mehr oder weniger marxistische Kategorien aufzuschließen, und so könnte mit gewissen Massenmedien fortgefahren werden. Was hier seit längerem Jahr für Jahr betrieben wird, ist die systematische Erosion der geistigen und moralischen Grundlagen der Marktwirtschaft.

Es wäre merkwürdig und widersprüche der menschlichen Natur, wenn von einem „veränderten“ Zeitgeist das menschliche Verhalten und damit auch das des Unternehmers unberührt bliebe. So ist es nicht verwunderlich, daß nicht wenige Unternehmer sich fragen, ob in einer sie so verketzernden Umwelt ihre Tätigkeit überhaupt noch sinnvoll ist (vgl. u. a. den Geschäftsbericht der Interfinanz GmbH von 1973). Bei der jüngeren Generation werden daraus schon die praktischen Konsequenzen gezogen, wenn festgestellt wird, daß heute gegenüber vor 15 Jahren die Bereitschaft, selbständig zu werden, um mehr als die Hälfte gesunken ist (Institut für Demoskopie, Allensbach 1977). In denselben Zusammenhang ist auch das Resultat einer britischen Untersuchung zu stellen, nach welcher in England wie auch in der Bundesrepublik Unternehmensgründungen auf der Basis neuer Technologien kaum ins Gewicht

fallen, und zwar im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten (FAZ, Blick in die Wirtschaft vom 13. 4. 1977).

Rückgewinnung des Vertrauens

Es ist an der Zeit, daß sich die ökonomische Zunft wieder daran erinnert, daß der ökonomische Bereich nicht isoliert von den anderen Lebensbereichen existiert. Der eine wirkt auf den anderen, wobei der nichtökonomische auf den ökonomischen zumindest gleich, wenn nicht stärker als umgekehrt einwirkt. Nicht hat die Wirtschaftswissenschaft nach dem Schumpeterschen Unternehmer zu rufen, sondern zu fragen, warum er nicht in bisher gewohnter Weise präsent ist, warum sich Unternehmer 1977 anders als 1969 verhalten, und der Dinge mehr, die sich auf dieser Ebene bewegen. In ihr Bewußtsein hat wieder einzukehren, daß die Volkswirtschaft etwas mehr ist als eine Pumpstation, bei der man auf den einen oder anderen Knopf nur zu drücken braucht. Sie hat darauf aufmerksam zu machen, daß ein Wirtschaftssystem — die Marktwirtschaft wie auch jedes andere — in einer ihm feindlichen Umwelt nicht gedeihen kann.

Denselben Sachverhalt auf die Politiker übertragen, heißt, daß ohne Vertrauen bzw. ohne Vertrauen zu erwecken, keine erfolgreiche Politik möglich ist. Gelingt es, ein solches wiederzugewinnen — nach den schweren Erschütterungen des Zweiten Weltkrieges mußte es erst geschaffen werden —, so lassen sich die Probleme der Arbeitslosigkeit ebenso wie unter den wesentlich schwierigeren Umständen der 50er Jahre lösen. Niemand hat dies so klar erkannt wie Ludwig Erhard, und dementsprechend war auch sein Erfolg. Hingegen erreicht man eher das Gegenteil mit Appellen an die Unternehmer, nicht „Unterlasser“ zu sein.